

An die
E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per E-Mail: netzausbauplanung-gas@e-control.at

**Konsultation Koordinierter Netzentwicklungsplan 2017-2026 sowie
Langfristige Planung 2016 für die Erdgas Verteilernetzinfrastruktur in Österreich für
den Zeitraum 2017 - 2026, Stellungnahme**

Wien, 25. August 2016

Die Landwirtschaftskammer Österreich nimmt zu den im Betreff angeführten Entwürfen wie folgt Stellung:

Allgemeine Anmerkungen:

Seitens der Landwirtschaftskammer Österreich wird bei derart umfangreichen Dokumenten die Gewährung einer wie auch in anderen Bereichen üblichen Begutachtungsfrist von mindestens sechs Wochen gefordert, insbesondere wenn der Begutachtungszeitraum in den Sommermonaten und somit der Haupturlaubszeit liegt.

Die Konsultation wird neuerlich zum Anlass genommen, auf die bereits in den Vorjahren zur Kenntnis gebrachte Forderung nach Überarbeitung der Entschädigungssysteme, insbesondere bei Fernleitungsprojekten, zu verweisen.

Aus den übermittelten Unterlagen geht hervor, dass die historisch gewachsene Rolle Österreichs als wichtiges Import- und Transitland von russischem Erdgas in die EU durch die vorgelegten Projekte allenfalls noch weiter ausgebaut werden würde. Die Versorgungssicherheit Österreichs ist mit dem Infrastrukturstandard von 233% mehr als ausreichend gegeben. Vor dem Hintergrund des bereits vorhandenen Infrastrukturbestands wird die Einreichung und etwaige Genehmigung von Projekten, die nicht im Rang „Project of Common Interest“ (PCI) stehen, kritisch gesehen. Die diesbezügliche Prüfung der Projekte muss sicherstellen, dass öffentliche Interessen gegenüber Partikularinteressen klar überwiegen. Die Landwirtschaftskammer Österreich erwartet vor diesem Hintergrund, dass andere Projekte als PCI's, die Grundinanspruchnahmen benötigen, keine positive Beurteilung erhalten.

Der weitere Ausbau der Fernleitungsinfrastruktur fossiler leitungsgebundener Energieträger steht im diametralen Widerspruch zum gesellschaftlich und politisch gewünschten Umstieg auf erneuerbare Energieträger sowie der Erhöhung der regionalen Energieversorgung bei gleichzeitiger Verringerung der Energieimportabhängigkeit und konterkariert die kürzlich ratifizierten Pariser Klimaverträge (COP 21).

Als Basis für die Zuerkennung des öffentlichen Interesses einer Leitung/eines Leitungsabschnittes müssen jedenfalls belastbare Bedarfsprognosen im Konnex mit einer integrierten Energie- und Klimastrategie vorliegen. Rein kommerziell ausgerichtete Transportleitungen begründen kein öffentliches Interesse und stehen im Wettbewerb zu einem nachhaltigen Energiesystem.

Anmerkungen im Detail:

Koordinierter Netzentwicklungsplan 2017-2026:

Die Landwirtschaftskammer Österreich spricht sich wiederum dagegen aus, neue Leitungsprojekte bzw. Loops im Netzentwicklungsplan bei den vorherrschenden und absehbaren Marktverhältnissen zu genehmigen. Maßnahmen sind auf technische Ausbauten in den Ein- und Ausspeisepunkten zu beschränken. Der Infrastrukturstandard und damit die Versorgungssicherheit sind auf sehr hohem Niveau. Die Marktprognosen sind verhalten. Ein öffentliches Interesse kann daher aus unserer Sicht nicht abgeleitet werden.

Zu GCA 2015/02 sowie GCA 2015/02a: Die Projektvarianten führen in Abänderung zum Projekt im Vorjahr als Investitionen einen Teil-Loop der WAG an (Teil-Loop Penta West ist nicht mehr angeführt). Konkrete Angaben (Abschnittsbezeichnungen, Längen,...) fehlen jedoch im Konsultationspapier, daher soll im Fall einer Genehmigung allenfalls ein Konzeptionsprojekt oder eine Projektstudie genehmigt werden. Aus Sicht der Landwirtschaftskammer Österreich fehlen zudem verbindliche Buchungen für weitere Schritte als auch entsprechende Steigerungen der vermarkteten Kapazität.

Zu GCA 2016/02: (Oberkappel N4G Interkonnektor): Hier fehlen ebenso nähere Angaben den Loop betreffend.

Langfristige Planung 2016 für die Erdgas Verteilernetzinfrastruktur in Österreich für den Zeitraum 2017-2026:

Zu 2012/05 „Druckanhebung Oberösterreich“: Basierend auf der Stellungnahme der Netz OÖ wurde das öffentliche Interesse in das Projektblatt aufgenommen. Die

Landwirtschaftskammer Österreich spricht sich allerdings entschieden gegen eine Zuerkennung aus.

Die Anführung des öffentlichen Interesse kann erhebliche Rechtswirkungen (nach § 145 GWG) entfalten. Eine restriktive Handhabung ist daher angezeigt. Der Begründung des öffentlichen Interesses fehlt es unseres Erachtens nach an der entsprechenden Klarheit und Nachvollziehbarkeit, insbesondere dem Grundeigentümer gegenüber (vgl. § 145 GWG). Eine Quantifizierbarkeit des Nutzens ist durch die lediglich verbale Beschreibung nicht erkennbar. Die Stärkung des „virtuellen Handelspunktes“ wird hervorgestrichen. Es geht auch nicht hervor, welche konkreten Maßnahmen etwa auf Fremdgrund erforderlich werden, was also die konkrete Folge des „öffentlichen Interesses“ ist.

Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Punkte.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Schultes
Präsident der
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. Josef Plank
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich